



## Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser, in dieser Woche haben wir das Tarifeinheitsgesetz verabschiedet. Durch die Einführung des Mehrheitsprinzips sollen Tarifkollisionen in Zukunft vermieden werden. Wir stärken damit die Tarifeinheit, die innerbetriebliche Solidarität und den Betriebsfrieden. Deutschland ist weltweit eines der Länder, in denen am wenigsten gestreikt wird. Diese Tatsache hat nicht nur wesentlich zu unserem wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen. Sie ist auch mitverantwortlich für unser friedliches und auf gegenseitigem Respekt beruhendes gesellschaftliches Zusammenleben.

Am Freitag hat die Bundesregierung über den Stand des Ausbaus der Kindertagesbetreuung informiert. Der Ausbau der Kitaplätze für die unter Dreijährigen ist ein großer Erfolg. Seit Einführung der Förderung 2008 ist die Zahl der betreuten Kinder um fast 300.000 auf 660.750 gestiegen. Dies entspricht einer Betreuungsquote von 32,3 Prozent. Noch aber fehlen ca. 185.000 Plätze. Bis 2014 hat der Bund den Ausbau der Kindertagesbetreuung mit 5,4 Milliarden Euro gefördert. Bis 2018 stellt er weitere 650 Millionen zur Verfügung. In einer Anhörung mit Familienverbänden hat sich herausgestellt, dass die

geplante Anhebung des Kindergeldes sowie des steuerlichen Freibetrages als nicht ausreichend erachtet. Sie haben darauf verwiesen, dass beides seit 2010 nicht mehr angehoben worden ist.

Und nun feiern Christen und alle Menschen, die Pfingsten zumindest als Freizeitangebot genießen, richtig viel guten und hilfreichen Geist, den wir immer nötig brauchen und den die Christen „den Heiligen Geist“ nennen.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen  
Ihr

## Schutz gegen Einbrüche

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat den Weg frei gemacht für eine Förderung von Maßnahmen zum Schutz gegen Wohnungseinbrüche.

Seit Jahren steigt die Zahl der Einbrüche, was einen Millionenschaden verursacht. Vor allem aber löst dieser Eingriff in die Privatsphäre bei vielen Betroffenen traumatische Erlebnisse aus. Im letzten Jahr wurden laut Kriminalstatistik über 150.000 Ein-

brüche verübt. Über 40 Prozent sind im Versuchsstadium abgebrochen worden. Das belegt, dass Schutzmaßnahmen sinnvoll sind. Einbrecher sehen oft von ihrer Tat ab, wenn sie nicht rasch genug in Haus oder Wohnung eindringen können.

Für Sicherungsmaßnahmen stellt der Bund ab dem Herbst für die nächsten drei Jahre je zehn Millionen Euro zur Verfügung. Wohnungseigentümer,

aber auch Mieter mit Einverständnis des Besitzers können für Sicherungsmaßnahmen einen Zuschuss von 20 Prozent beantragen, wenn sie mindestens 500 Euro investieren. Dazu müssen sie vor Baubeginn mindestens zwei Angebote einholen oder ein Angebot einer zertifizierten Firma. Die maximale Fördersumme liegt bei 1.500 Euro. Zuständig für das Förderprogramm ist die Staatsbank KfW.

## Wie definieren wir Deutschsein?



Im Podium mit dem Generalsekretär der CDU Dr. Peter Tauber MdB und der Integrationsbeauftragten der CDU/CSU Bundestagsfraktion Cemile Giousouf MdB.

Mit der spannenden Frage, wie sich die deutsche Identität definieren lässt, beschäftigte sich ein Fachgespräch am Montag, an dem ich als Referent teilgenommen habe. Über hundert Vertreter von Migrantenorganisationen waren der Einladung der Integrationsbeauftragten der CDU/CSU-Fraktion, Cemile Giousouf, in den Berliner Reichstag gefolgt. Die Veranstaltung mit dem Titel „Wer ist ‚wir‘? – Wie definieren wir unser Deutschsein? – Wege zu einer gemeinsamen deutschen Identität mit Einwanderern“ beleuchtete die Einwanderungsgeschichte von 16 Millionen Migranten in unserem Land.

In meiner Rede habe ich darauf hingewiesen, dass Integration in enormen Maße von der Identität der Menschen abhängt. Man kann Integration nicht angehen, wenn man nicht bedenkt, was Identität für den Menschen bedeutet. Sie bedarf aber auch der Integrationswilligkeit und der Rahmenbedingungen, die sie ermöglichen. Es kommt also nicht nur auf diejenigen an, die sich integrieren will, sondern auch auf diejenigen, die die Rahmenbedingungen für Integration setzen, also das politische Gemeinwesen.

Zur Frage, wie wir Deutschsein definieren wollen, möchte ich vier Thesen zur Diskussion stellen, die vielleicht etwas provokant sind. Aber gerade darum

sind sie fruchtbar für unser weiteres Denken. Provokation ist immer auch positiv, weil man darüber nachdenken kann.

### 1. These

Identitäten für Jemanden lassen sich kaum von außen, von einem Dritten, definieren. Sie sind ein Bekenntnis des Individuums über den Grad seiner Zugehörigkeit.

### 2. These

Identitäten wandeln sich ständig. Ein Bundesdeutscher vor 30 Jahren sah ganz anders aus als heute.

Insofern müssen wir fragen, welche Relevanz die Integration von Migranten für unsere eigene Identität als Deutsche hat, welche für unseren Weg als Europäer zum Global Player.

### 3. These

Identität besteht immer aus Mehrfachidentitäten. Auch wir in Deutschland Geborenen unterscheiden uns über Generationen in Protestanten, Katholiken, Hamburger, Bayern, Grüne und Linke. Einfache Identitäten gibt es nur in Primitivgesellschaften. Mir fällt da sofort Nordkorea ein. Oder meine DDR-Vergangenheit. 40 Jahre in einem kommunistischen System, das sich sehr viel Mühe gegeben hat, mit allen verfügbaren Mitteln eine einheitliche Identität für seine Bürger zu schaffen.

### 4. These

Die Ausbildung einer gemeinsamen Identität ist eine Voraus-

setzung für Integration. Gemeinschaftliche Ziele und gemeinschaftliche Projekte helfen dabei wesentlich besser als politische Forderungen.

Darauf kommt es an: Mit den Zuwanderern zusammen und respektvoll vor ihrer selbst bestimmten Identität gemeinsam an Aufgaben und Problemen arbeiten. Dabei entsteht eine gemeinsame Identität.

Mag das Siegel Made in Germany auf den neuen, guten Entwicklungen draufstehen oder nicht, wir sind mit diesen unterwegs. Und wenn ich daran denke, dass in manchen Schulklassen und manchen Regionen schon mehr Menschen mit Migrationshintergrund und Asylbewerber leben, dann wird es zumindest vom Faktischen auch die Frage sein: Worüber diskutieren wir eigentlich?

Die deutsche Geschichte ist sehr spannend, mit Brüchen, mit Schuld, mit Versagen, mit Wiederaufstehen. Wir haben Erfahrungen gemacht, die uns alle geholfen haben, heute dort dazustehen, wo wir angekommen sind. Und wir sollten die neue Erfahrung jetzt mit den vielen Migranten, die zu uns kommen, nutzen und sagen, wir können auch für die Welt ein Beispiel werden, wie man Zukunft für Deutschland und für die Welt bauen kann.

**Martin Patzelt, MdB**

Mitglied im Ausschuss für  
Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
Mitglied im Ausschuss für  
Menschenrechte und  
Humanitäre Hilfe

**Büro Berlin**

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

**Wahlkreisbüro  
Frankfurt (Oder)**

Anna Fabisch  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
martin.patzelt.ma04@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

**Wahlkreisbüro  
Eisenhüttenstadt**

Dr. Markus Zaplata  
Saarlouiser Str. 35  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu  
abonnieren, senden Sie uns  
bitte eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

## Jüdisches Leben in Deutschland – Ist es gefährdet?

Am vergangenen Mittwoch besuchte ich einen Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum jüdischen Leben in Deutschland. Innenminister Thomas de Maizière und der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder warnten vor einem wachsenden Antisemitismus in Deutschland, bekräftigten aber, dass die Sicherheit der in Deutschland lebenden Juden für die Bundesrepublik von oberster Priorität sei.

Die öffentlichen Bekräftigungen sind wichtig. In der anschließenden

Podiumsdiskussion u.a. mit dem Präsidenten des Zentralrates der Juden, Josef Schuster, und dem Schauspieler Christian Berkel wurde deutlich, dass wir den Kampf gegen Antisemitismus und für Toleranz nicht ausschließlich als politische Aufgabe sehen dürfen, sondern vor allem als eine gesamtgesellschaftliche. Politik kann nur Rahmenbedingungen setzen.

Es kommt hier vor allem auf die Bürgergesellschaft an, die sich engagiert, den Austausch sucht und jüdische Mit-

bürger stärker in das öffentliche Leben miteinbezieht. Denn konkrete Projekte und Initiativen vor Ort bergen das größte Erfolgspotenzial, dem Antisemitismus entgegenzuwirken.

Der Ruf nach mehr Bildung ist sicherlich auch wichtig. Jedoch muss es eine Bildung sein, die ganzheitlich ist, d.h. eine, die Begegnungen zwischen Juden und Nicht-Juden und damit Empathie und das wirkliche Kennenlernen des jüdischen Lebens ermöglicht.

## Mehr-Generationen-Häuser dauerhaft abgesichert

Am 22. Mai hat die Jugend- und Familienkonferenz eine Vereinbarung zur langfristigen Sicherung der Mehr-Generationen-Häuser unterzeichnet. Sie werden seit 2006 durch das Familienministerium gefördert.

In diesem Jahr stehen 16 Millionen Euro zur Verfügung. Inzwischen gibt es bundesweit rund 4 5 0 Mehr-Generationen-Häuser, die täglich von gut

50.000 Menschen genutzt werden. Gefördert wird mit diesem Angebot nicht nur das Miteinander von Jung und Alt. Es eröffnet auch die Möglichkeit Zielgruppen zu erreichen, die man sonst nur schwer erreichen kann oder die wenig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels kommt den Mehr-Generationen-Häusern eine wachsende Bedeu-

tung zu. Als neue Aufgabe ist die Integration von Flüchtlingen hinzugekommen. Dieses Engagement soll in Zukunft noch weiter ausgebaut werden. Ich selber unterstütze das 2007 gegründete MIKADO in Frankfurt (Oder), wo ich auch eine Patenschaft übernommen habe.